

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Polizeikongress

„Vernetzte Sicherheit“ ist ein Strategiekonzept, welches die Trennung zwischen Innerer und internationaler Sicherheit, zwischen Polizeien und Geheimdiensten aufheben soll und sich durch eine enge Vernetzung zwischen Armeen, Geheimdiensten, Polizeien, Katastrophenschutzbehörden, humanitären Organisationen, Forschung und Industrie auszeichnet und damit alle beteiligten Akteure militarisiert. In zahlreichen Foren treten diese gerade zusammen, um sich über ihre Strategien und Technologien auszutauschen und gemeinsame Übungen durchzuführen. Viele dieser Veranstaltungen werden von der „Verlagsgruppe Behörden Spiegel“ organisiert, so auch der Ende Januar in Berlin stattfindende 11. Europäische Polizeikongress. Eine Gruppe mit dem Namen „Six Hills“ ruft zu einer Kampagne gegen diesen auf und hat vor allem einen sehr informativen Blog mit Hintergrundinformationen eingerichtet: <http://europolice.noblogs.org>

Kriegscasting

Der Rostocker Sicherheitsdienstleister DSS (erwähnt im letzten AUSDRUCK) wirbt mittlerweile auch in Österreich Statisten für Militärübungen an. Im Inserat in einer oberösterreichischen Regionalzeitung hieß es: „Sie sind Iraker oder aus einem anderen arabisch/kurdisch sprechenden Land - dann bewerben Sie sich bei uns. Verdienst ab EUR 100,- pro Tag!“. Interessenten wurden am 23.11.2007 ins Steigenberger-Hotel in Linz eingeladen. Die Friedenswerkstatt Linz veröffentlichte daraufhin eine Presseerklärung, die darauf hinwies, dass in Österreich das Neutralitätsgebot herrsche und sich Linz zur Friedensstadt erklärt hätte. Sie appellierte an Medien und Hotelbetreiber, solche „Kriegscastings“ nicht zu unterstützen und forderte den Bürgermeister auf, hiergegen aktiv zu werden. Bürgermeister und Hotel distanzieren sich daraufhin zwar von der Veranstaltung, konnten oder wollten sie aber auch nicht verhindern. Allerdings waren an besagtem Tag Protestierende anwesend, welche Iraker und Afghanen auf dem Weg zum Bewerbungsgespräch informierten. Die meisten dachten, es ginge um ein Casting für einen Film. Etwa zwei Drittel der Bewerber seien wieder schimpfend abgezogen, nachdem sie erfuhren, dass sie für die US-Army arbeiten sollten.

Kirchfriedensbruch

Das Adventskonzert des Heeresmusikkorps 1 der Bundeswehr in der Marktkirche Hannover wurde von rund 20 AntimilitaristInnen gestört. Sie entrollten ein Transparent mit der Aufschrift: „Aufrüstung mit Gottes Segen“ vor dem Altar und wurden anschließend von der bereits bereitstehenden Polizei aus der Kirche gebracht. Andere, die sich unter Publikum gemischt hatten störten den weiteren Ablauf mit Zwischenrufen wie: „Soldaten sind Mörder“. Die Kirche erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Auftritte des Heeresmusikkorps wird es weiter in der Kirche geben, die nächsten Termine seien schon geplant. Schließlich gelte es nun, „konsequent zu bleiben“.

Artikel 9

Der Artikel 9 der japanischen Verfassung soll verhindern, dass Japan jemals wieder Krieg führt oder führen kann. Sein erster Absatz lautet folgendermaßen: „In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten.“ Im Zuge des globalen „Krieg gegen den Terror“ drängen jedoch v.a. die USA auf militärische Unterstützung von Japan. Die Regierung ist bereit, diese zu leisten und nimmt das als Anlass den Artikel 9 der japanischen Verfassung weiter zu unterlaufen. Mittelfristig ist eine Verfassungsänderung bzw. eine neue Verfassung geplant, welche eine entsprechende Selbstbeschränkung des Staates nicht mehr enthalten soll. Doch hiergegen regt sich Widerstand. In Japan haben sich bereits 6000 lokale und betriebliche Gruppen gebildet, mit dem Ziel, den Artikel 9 zu erhalten und zur Geltung zu bringen. Auch international wurden hierdurch Menschen auf diesen Artikel aufmerksam, die nun in anderen Ländern die Einführung einer entsprechenden Regelung in die Verfassung fordern. Gemeinsam führen sie die weltweite Artikel-9-Kampagne zur Abschaffung des Krieges. Am 22.11.2007 hat sich in Berlin die erste deutsche Artikel-9-Gruppe gegründet, eine weitere ist in Tübingen im Entstehen begriffen. Am 3. und 4.5.2008 wird in Tokio eine Weltkonferenz zum Erhalt von Artikel 9 stattfinden.

Zündefleien kein Terrorismus

Oliver, Florian und Axel sind nach vier Monaten in Untersuchungshaft unter verschärften Bedingungen vorläufig wieder frei. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie versucht hätten, Bundeswehr-LKWs anzuzünden. Der BGH urteilte nun, dass dies nicht als terroristische Tat zu werten sei, wie dies die Bundesanwaltschaft tat, um somit besondere Ermittlungsmethoden einsetzen zu können. Unionspolitiker kritisierten das Urteil.

Clowns Army gegen Schweizer Armee

Vom 20.-25.11. fanden in Lugano die sogenannten Armeetage 07 statt, eine PR-Show bei der sich die Schweizer Truppen mit ihrem Mordwerkzeug präsentieren, inklusive Modeschau und öffentlicher Schießübungen. Über 100.000 Gäste auch aus dem Ausland waren erwartet worden und bereits im Vorfeld besetzte das Militär öffentliche Plätze und sorgte für Verkehrschaos. Letztlich ging die PR-Maßnahme allerdings nach hinten los: War zunächst v.a. Kritik am unnötigen CO2-Ausstoß durch solche Paraden laut geworden, sorgte insbesondere der brutale Einsatz der Polizei gegen eine Clowns-Army, die „der Gewaltverherrlichung der Armee das befreiende Gelächter entgegenhalten“ wollte, für hässliche Bilder. Acht Menschen, darunter auch eine französische Pressefotografin wurden durch die Polizei verletzt, die bei ihrem Einsatz auch von Soldaten unterstützt wurde. Nun folgt auch ein politisches Nachspiel: Neben sechs Anzeigen gegen die Polizei hat die SP eine parlamentarische Anfrage gestellt, warum Jugendliche dazu eingeladen wurden, mit einem Simulator das Schiessen auf Zielscheiben mit menschlicher Form zu üben.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154